

Pabst: Bürgermeisterin soll widersprechen



Günter Pabst

Günter Pabst von der Unabhängigen Liste (UL) ist noch immer sauer über die Entscheidung der Koalition von CDU und Grünen, weiter auf private Sicherheitsdienste zu setzen.

Schwalbach. «Alle fachlichen, rechtlichen und praktischen Argumente nutzten nichts», schimpft der UL-Politiker. Selbst die Hinweise der Polizeidienststellen von Eschborn und Hofheim sowie das Schreiben des Innenministeriums hätten CDU und Grüne nicht aufhalten können. Die Koalition nutzte ihre parlamentarische Mehrheit und setzten im Haupt- und Finanzausschuss durch, dass weiterhin ein privater Sicherheitsdienst in Schwalbach Streife geht.

Vorschlag abgelehnt

Auch der Vorschlag des UL-Fraktionschefs Pabst, die Entscheidung um vier Wochen zu vertagen und einen Vertreter des Innenministeriums zur Klärung einzuladen, wurde abgelehnt.

«Schon vor Monaten wurden die rechtlichen und praktischen Probleme der privaten Sicherheitsdienste und die Empfehlungen der Vertreter der Polizei im Schwalbacher Präventionsrat diskutiert», erinnert sich Pabst. «Die Unabhängige Liste zog als einzige Fraktion daraus Konsequenzen und beantragte in den Haushaltsberatungen, den privaten Sicherheitsdienst durch städtische Bedienstete zu ersetzen.»

Dumpingpreis

Zur Erinnerung: In einer Magistratsvorlage schlug Bürgermeisterin Christiane Augsburg (SPD) vor, den Beschluss vom Februar 2008, einen privaten Sicherheitsdienst zu beschäftigen, aufzuheben und durch städtische Ordnungspolizisten zu ersetzen. Ein erstes Angebot hatte nämlich ergeben, dass der frühere «Dumpingpreis» des

Sicherheitsunternehmens von 87 000 Euro für zwei Mitarbeiter mit Hund bei einer jeweils achtstündigen Dienstzeit von Montag bis Sonntag) nicht mehr gehalten werden konnte. Die neuen Angebote lagen zwischen 140 000 und 475 000 Euro (wir berichteten).

«Für 162 000 Euro könnten auch vier städtische Ordnungspolizisten eingestellt und ein optimales Sicherheitskonzept realisiert werden», so Pabst. «Bei der Einstellung von drei Ordnungspolizisten wäre die städtische Variante sogar billiger, bei mehr Leistung und rechtlich einwandfreier Aufgabenwahrnehmung.»

«Sicherheit light»

Aber die Koalition, so der UL-Fraktionschef, wolle sich mit einer «Sicherheit light» begnügen. Es reiche, «wenn der Sicherheitsdienst Präsenz zeigt». Pabst: «Ein teurer Spaß. Die Schwalbacher Aktivhilfe sollte überlegen, ob nicht aus ihren Reihen resolute Rentner diese Aufgaben wahrnehmen können. Es ist leicht verdientes Geld.»

Die UL protestiert nun gegen die Entscheidung mit einem Brief an die Bürgermeisterin, diesem Beschluss aus rechtlicher Sicht zu widersprechen und die Vorgaben des Innenministeriums umzusetzen. Die Unabhängige Liste fordert außerdem alle Schwalbacher auf, ebenfalls ihren Protest gegen die «leichtsinnige und unverantwortliche Entscheidung von CDU/Grüne zu artikulieren». Pabst: «Die Schwalbacher haben ein besseres Sicherheitskonzept verdient.» hk/mg